

Erwin Tischler 06.04.2021

E-Mail: the-tischlers@t-online.de

Telefon: 0540144820

Nachricht: Sehr geehrte IG-Mitglieder, sehr geehrter Herr Schmidt, ich bin seit 2016 Mitglied im DVG e.V. und auch dort aktiv, Regionalgruppe Osnabrücker Land, wir waren die erste Regionalgruppe in Deutschland. Herzlichen Glückwunsch zu der neu gestalteten Internet-Seite. Mein Vorschlag: Ab 2021 sollten wir zusammenarbeiten! Es ist Wahljahr! Vielleicht die letzte Gelegenheit, uns bei den Politikern (vor der Wahl ) noch Gehör zu verschaffen, damit wir in die Wahlprogramme und in die Koalitionsvereinbarungen kommen. Sie wissen, dass das Thema Doppelverbeitragung erst in der Nacht vor der Unterschrift unter den Koalitionsvertrag der GroKo auf Betreiben von Merkel und Seehofer aus dem Koalitionsvertrag entfernt wurde. Das darf sich nicht widerholen. Vereint sind auch die Schwachen mächtig, siehe Schiller bei Wilhelm Tell und siehe Imagefilm des DVG e.V. auf der homepage www.dvg-ev.org/ - da spiele ich auch mit. Wie heisst es so schön: Getrennt marschieren aber vereint schlagen. Das sollten wir uns für 2021 zu unserem Ziel machen. Schließlich haben wir alle gemeinsam die gleichen Interessen: Abschaffung der Doppelverbeitragung und Entschädigung für die bisher Betroffenen des GMG von 2003! Mit freundlichen Grüßen Erwin Tischler Mitglied im DVG e.V.

## Udo Raabe

29 07 2021

E-Mail: udo.raabe-versmold@t-online.de

Telefon: 0160/2673229

Nachricht: Als Mitglied des DVG e.V. bin ich Vorsitzender der Regionalgruppe Altkreis Halle/Westf. und würde gern Kontakt zu Ihnen aufnehmen u.a. bezüglich einer möglichen "Zusammenarbeit" o.ä. Wenn möglich rufen Sie mich an oder schreiben mir eine kurze Mail. Danke und bleiben Sie bitte gesund und munter. Gruß aus Versmold Udo Raabe

Von: Arnd Rüter [mailto:arnd\_rueter@web.de] Gesendet: Samstag, 31. Juli 2021 15:25

An: udo.raabe-versmold@t-online.de

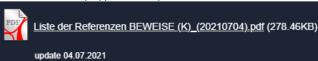
Betreff: Ihre Anfrage bzgl. möglicher "Zusammenarbeit"

Sehr geehrter Herr Raabe,

ich bin ein Mitglied der "Interessensgemeinschaft GMG-Geschaedigte Direktversicherte", die aus gleichberechtigten Mitgliedern besteht und aus welcher der DVG e.V. sich 2015 abgespalten hat, weil es einige gab und gibt, die dem Leben nur etwas abgewinnen können, wenn sie Vorstand eines Vereins sind.

Warum geben Sie sich die Antwort nicht einfach selbst?

- 1) Den zentralen Link (der Ihnen ja offensichtlich bekannt ist) aufrufen: https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/
- Auf den Reiter "Beweise-K" klicken => https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-K/
- 3) Die aktuelle Liste öffnen (Doppelklick links)



4) Scrollen in den Bereich der Liste, der für eine Antwort geeignet erscheint (ganz unten)

generen Prof. Dr. Karola vville (MDK Interioanum, 201 wegen fortlaufend falscher Berichterstattung des MDR 20 to # 20 tr ARD VOISIZEIDE), WOII-DIELEI JACOD (WDR PTOGRAIIIIIDIERKOL)

Jnter VERBÄNDE, VEREINE, GEWERKSCHAFTEN sind Dokumente bzw. Informationen von den diversen Verbänden (Sozialverbänden), Vereine nd Gewerkschaften zu finden, die unter dem Gesichtspunkt "Mitkämpfer" zu betrachten sind; die Frage ist nur jeweils, ob sie dies auf unserer Seite der auf der Seite der Täter tun.

siehe auch [IG\_O-PL\_106], [IG\_K-PL\_109\_bis\_111]; [IG\_O-PL\_202\_bis\_205]; [IG\_O-PL\_303\_bis\_305] Sozialverband VdK Deutschland e.V. (VdK) Mühlbauer an VdK staatlich organisierte kriminelle Verbeitragung von Privatvermögen auf Basis von Rechtsbeugung und IG K-VV 001 20180308

Verfassungsbruch Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD)

20160203 Stellungnahme SoVD für öffentliche Anhörung BT-Ausschuss Gesundheit 27-01-2016 zum Antrag LINKE BT-DS 18/6364 IG K-VV 002 (KOMMENTIERT M. Korn), auch unter: http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=7252

Büro gegen Altersdiskriminierung (BgA)

20180409 IG K-VV 008 -20190118

Der Abgesang der ehemaligen Mitkämpferin Hanne Schweitzer vom "Büro gegen Altersdiskriminierung"

Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e.V. (aba) & Direktversicherungsgeschädigte e.V. (DVG) IG K-VV 003 20181011

Die Interessenvertreter der Betriebsrentner (KOMMENTIERT Rüter) zu den Stellungnahmen aba [IG\_0-VV\_012] & DVG [IG\_0-VV\_014]\_für öffentliche Anhörung durch Ausschuss für Gesundheit am 25-04-2018 (MARKER Rüter)

IG\_K-VV\_007 20170213 siehe /IG K-PP 003/ -20190219 20190116-27 siehe [IG\_K-PP\_005] IG\_K-VV\_005

IG\_K-VV\_004 20180625 siehe /IG\_K-MP\_006/ IG\_K-VV\_006 20190222 siehe /IG\_K-MF\_002/ -20190430

IG K-VV 009 20180826 Fortlaufendes Hintertreiben unserer Ziele: Manchmal hilft nur der radikale Schnitt\_Aufruf zur Beendigung der

-20191115 Doppelmitgliedschaften in der IG und im DVG

Verbraucherzentrale (vbz) Stiftung Warentest

20090119 Beiträge auch auf Einmalzahlungen\_"Rechts"beratung durch Finanztest (Stiftung Warentest) in "Der Tagesspiegel" IG K-VV 010 auf eine Rechts-Anfrage von Preuß; Kommentar Rüte

5) Öffnen des Dokumentes [IG\_K-VV\_009], lesen und verstehen, was da geschrieben steht.

Damit das Beschaffen nicht so schwierig wird, habe ich serviceorientiert das Dokument an die Email angehängt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Arnd Rüter

Von: Udo Raabe [mailto:udo.raabe-versmold@t-online.de]

Gesendet: Sonntag, 1. August 2021 13:35 An: 'Arnd Rüter' <arnd rueter@web.de>

Betreff: AW: Ihre Anfrage bzgl. möglicher "Zusammenarbeit"

Sehr geehrter Herr Rüter.

danke für Ihre Antwort. Grundsätzlich hat man ja ein fast identisches Ziel.

Für die Masse der Geschädigten ist leider wie auch von Ihnen geschildert der Zusammenhang undemokratisch und betrügerisch aber im Detail in seiner Entstehung und Begründung kaum nachvollziehbar zu verstehen. –Es ähnelt einem Teilstudium, was nicht jeder zu absolvieren in der Lage ist, sei es aus Zeit oder Verständigungsproblemen.

Ich bin daher bemüht es für die Masse der Geschädigten auf einen nachfolgend einfachen Nenner zu bringen:

- "pacta sunt servanda" Verträge sind einzuhalten. Keiner auch die Politik darf nicht die Möglichkeit haben rückwirkend und alleinbestimmend bestehende Voraussetzungen und Verträge zu ändern. (Zum Nachteil Beteiligter und zum Vorteil anderer schon gar nicht) Sowohl gegen den auch rechtlich beschriebenen Begriff "Betrug" wird auch gegen das im Völkerrecht festgelegte Rückwikungsverbot (was bei uns im Grundgesetz verankert ist) verstoßen.
- Um rein rechtlich dagegen anzugehen fehlt mir und der Mehrzahl der Geschädigten das Fachwissen und vermutlich auch die Energie. -Worauf wohl viele besonders Poliker spekulieren.
- Nach meinem jetzigen Kenntnisstand beschränken sich meine Möglichkeiten nur darauf Information über diesen Mißstand soweit mir möglich zu verbreiten, Politiker aller Parteien darauf hinzuweisen und jedem in besonderen junge Leute zu informieren keinerlei Verträge diesbezüglich abzuschließen da sie ja jederzeit wie geschehen geändert werden können. Evtl. sollte man zusätzlich noch die jeweiligen Versicherungen ins Visier nehmen die ja nach wie vor, wenn auch etwas abgeändert ähnliche Verträge anbieten. Auch wenn neue Verträge z.Zt. mit vertraglicher Bestätigung extrem gewinnbringend angeboten würden, macht ein Abschluß keinen Sinn da sie ja ggf nicht wie vereinbart eingehalten werden.

Aus diesem Grund engagiere ich mich im DVG.eV. Die Historie bezüglich IG-GMG steht für mich nicht zur Debatte, letztlich haben wir aber doch wenn auch nicht gänzlich übereinstimmend, so doch die gleichen Grundsatzziele.

Bitte bleiben Sie gesund und dabei munter und arbeiten weiter, hoffentlich mit Erfolg an Ihren Zielen.

Gruß aus Versmold Udo Raabe

Von: Arnd Rüter [mailto:arnd rueter@web.de] Gesendet: Sonntag, 1. August 2021 20:34 An: udo.raabe-versmold@t-online.de

Betreff: AW: Ihre Anfrage bzgl. möglicher "Zusammenarbeit"

Sie akzeptieren also die Beseitigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und wollen den staatlich organisierten Betrug mit mafiösen Strukturen an über 6 Millionen Bürgern mit einer Betrugssumme von derzeit ca. 30 Milliarden Euro auf Basis von Rechtsbeugung (lt. Definition Verbrechen) und Verfassungsbruch (nötigenfalls auch Nötigung, Erpressung und Diebstahl) nicht thematisieren

Viel Spaß bei der Verfolgung Ihrer Grundsatzziele, Dr. Arnd Rüter

Von: Udo Raabe [mailto:udo.raabe-versmold@t-online.de]

Gesendet: Mittwoch, 11. August 2021 11:09 An: 'Arnd Rüter' <arnd rueter@web.de>

Betreff: AW: Ihre Anfrage bzgl. möglicher "Zusammenarbeit"

Nicht unbedingt verwundert bin ich, daß ein Akademiker solche Schlüsse zieht.

Selbstverständlich engagiere ich mich weiter gegen die bekannte Ungerechtigkeit, nur mafiös arbeitet unsere Politik nun doch nicht. Bisher hat man noch keinen erschossen o.ä., wobei es schon an wirtschaftskriminelle Taten erinnert.

Problem ist für mich aber auch die Trägheit der Geschädigten. Würden nur an die 30% der Geschädigten sich aktiv wehren, hätte politisch eine ganz andere Situation.

Ich arbeite weiterhin mit fairen Mitteln, für rechtliche Schritte, die sicherlich sinnvoll sind fehlt mir leider das Wissen.

Nichts für ungut, locker bleiben und nicht durch Aggressivität sich selbst schaden.

Gruß aus Versmold

Udo Raabe

Von: Arnd Rüter [mailto:arnd\_rueter@web.de] Gesendet: Mittwoch, 11. August 2021 17:57

An: 'raabe-versmold@t-online.de' <raabe-versmold@t-online.de>
Betreff: WG: Ihre Anfrage bzgl. möglicher "Zusammenarbeit"

Von: Udo Raabe [mailto:udo.raabe-versmold@t-online.de]

Gesendet: Mittwoch, 11. August 2021 11:09 An: 'Arnd Rüter' <arnd rueter@web.de>

Betreff: AW: Ihre Anfrage bzgl. möglicher "Zusammenarbeit"

Nicht unbedingt verwundert bin ich, daß ein Akademiker solche Schlüsse zieht.

Daraus spricht ein gehöriger Minderwertigkeitskomplex; das hat nichts mit Akademiker zu tun, sondern mit Denkfähigkeit.

Selbstverständlich engagiere ich mich weiter gegen die bekannte Ungerechtigkeit,

Für jemanden, der nicht weiß worin die Ungerechtigkeit besteht, ist es eine unbekannte Ungerechtigkeit.

nur mafiös arbeitet unsere Politik nun doch nicht.

Wenn man es nicht weiß, kann man sich seine Bewertung schenken.

Bisher hat man noch keinen erschossen o.ä.,

aber mundtot gemacht oder "Gehirn amputiert"

wobei es schon an wirtschaftskriminelle Taten erinnert.

Kriminelle Taten schon, aber mit Wirtschaft hat es nichts zu tun, denn es sind öffentlich rechtliche Institutionen (die man gemeinhin nicht der Wirtschaft zurechnet), die kriminell sind.

Problem ist für mich aber auch die Trägheit der Geschädigten.

Die Trägheit der Geschädigten beginnt damit, dass sie nicht lesen; entweder weil sie es nicht können oder weil sie ohnehin schon seit Geburt alles wussten oder beides.

Würden nur an die 30% der Geschädigten sich aktiv wehren,

Das setzt voraus, dass sie wüssten, wogegen sie sich eigentlich wehren.

hätte politisch eine ganz andere Situation.

Wir hätten nicht nur politisch eine andere Situation, weil die sich Wehrenden die Parteien nicht mehr wählen würden, die den staatlich organisierten Betrug etabliert haben und bis heute betreiben.

Wir hätten auch juristisch eine andere Situation, denn wenn sich Mio gegen staatlich ausgeübte Kriminalität (Rechtsbeugung,

Verfassungsbruch) wehren würden, anstatt bei den hauptverantwortlichen Tätern aus der Politik herum zu schleimen, würde es diesen Richtern ihr Treiben wohl vermiesen. Außerdem hätten jene den Rückhalt aus der Politik nicht mehr.

Ich arbeite weiterhin mit fairen Mitteln.

Wir richten uns vollständig nach den existierenden Gesetzen, fairere Mittel gibt es nicht.

für rechtliche Schritte, die sicherlich sinnvoll sind fehlt mir leider das Wissen.

Wenn man zu faul zum Lesen ist, wird das auch so bleiben.

Nichts für ungut, locker bleiben und nicht durch Aggressivität sich selbst schaden.

Ich bin weder verkrampf noch aggressiv; schüttele nur den Kopf über so viel Dummheit, Blauäugigkeit und Ignoranz.

Gruß aus Versmold Udo Raabe

Von: Udo Raabe [mailto:udo.raabe-versmold@t-online.de]

Gesendet: Donnerstag, 12. August 2021 19:49
An: 'Arnd Rüter' <arnd rueter@web.de>

Betreff: AW: Ihre Anfrage bzgl. möglicher "Zusammenarbeit"

Danke für die Komplimente. Glücklich sind ja die Dummen, denn sie wissen nicht was sie tun.

Und sie wissen das sie nichts wissen, damit wissen sie mehr als die die meinen was zu wissen, denn das einzige Wissen was es gibt ist das man nur wissen kann das man nichts weiß.

Alles ist relativ.

Trotz allem drück ich Ihnen bei Ihrem Vorhaben die Daumen denn Ihr Ziel scheint richtig zu sein, ich gehe nur einen etwas anderen Weg weil mir ja die Denkfähigkeit fehlt (was auch seine Vorteile hat). - Schaun wir mal.-

Gruß aus Versmold

Bleiben auch Sie gesund und dabei munter.

Udo Raabe

## 14.08.2021 Rüter

Udo Raabe hat im Haller Kreisblatt Versmold (24.10.2019) und in der Haller Zeitung (30.01./01.02.2020) der Welt kundgetan, dass er ein "empörter Betriebsrentner" ist und dagegen protestiert, dass er seit Einführung des "Gesetzes zur Modernisierung des Gesundheitswesens (GMG)" ab 01.01.2004 nach § 248 SGB V den vollen Beitragssatz (100%) anstatt vorher den halben (50%) bei den Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen auf Versorgungsbezüge (Betriebsrenten) zahlen muss. Das **empfindet er als zutiefst ungerecht**, wobei er dadurch noch kein Einzelschicksal erleidet, denn Menschen, die sich als zutiefst ungerecht behandelt sehen, gibt es in unserer Gesellschaft wie Sand am Meer.

Er will "mehr **Druck** auf die Entscheider in der Politik ausüben", obwohl diese vor kurzem höhere Freibeträge auf Betriebsrenten eingeführt hat (GKV-Versichertenentlastungsgesetz vom 11.12.2018, <a href="https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-O/">https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-O/</a> Referenznr. [IG\_O-PL\_406]). Udo Raabe will also die Politik dazu bewegen die Verdoppelung der Beitragssätze in § 248 SGB V zurück zu nehmen, obwohl seinesgleichen das schon seit 17 Jahren probieren und obwohl die Politiker ja gerade mit der Gesetzesänderung das gegenteilige Ziel hatten: mehr Geld in die Kassen zu bekommen. Wenn er sich da mal nicht "verdrückt". Schließlich ist die Verdoppelung ab 2004 für laufende Verträge zwar moralisch höchst anrüchig, aber seit wann haben Politiker einen moralischen Standpunkt auch nur ansatzweise ernst genommen geschweige denn verinnerlicht. Im Übrigen hat das Bundesverfassungsgericht bestätigt, dass diese Verdoppelung rechtens ist (1 BvR 2137/06 vom 28.02.2008).

Insofern ist das Herumgeeier der Helden beim Thema "was könnte man juristisch dagegen unternehmen" völlig verständlich, denn die Antwort ist klar und eindeutig: NICHTS; die Verbeitragung mit 100% Beitragssätzen ist LEGAL.

Nun erzählen uns diese "Kämpfer fürs Konto" allen Ernstes, wir würden am selben Strang ziehen und nahezu gleiche Ziele verfolgen. Ein gemeinsamer Kampf wäre doch in beiderseitigem Interesse. **Das ist keineswegs der Fall, im Gegenteil**.

Wir in der "Interessengemeinschaft GMG-Geschaedigte" setzen uns dafür ein, dass die bestehenden Gesetze von allen eingehalten werden. Wir haben keinen Bedarf den § 229 SGB V ändern zu lassen, denn der bestehende Gesetzestext hat weder vor 2004 noch danach erlaubt, dass unsere Sparerlöse aus Kapitallebensversicherungen rechtsbeugend in Betriebsrenten umgedeutet und verbeitragt werden. Das, was uns widerfährt, ist nicht legal, sondern HOCHGRADIG KRIMINELL. Wir haben nicht die Absicht mit den Politikern darüber zu diskutieren, denn diese sind die Hauptverantwortlichen für die Einführung und die Durchführung dieses staatlich organisierten Betrugs auf Basis von Rechtsbeugung und Verfassungsbruch und die Kriminalisierung der Judikative.

Es kann sein, dass den DVG-Vereinsmeiern zu Ohren gekommen ist, dass die Politiker (z.B. im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages) langsam anfangen zu begreifen, dass der Wunsch nach Änderung § 248 SGB V und das Verlangen nach Einhaltung des § 229 SGB V zwei völlig unterschiedliche Paar Stiefel sind, und sie versuchen deshalb uns mit ihrem schwachsinnigen "gemeinsam sind wir stark" vor ihren Karren zu spannen.

Leidtun können einem nur die DVG Mitglieder, die wie wir eine Kapitallebensversicherung hatten oder noch haben, und denen solche Politiker-Marionetten des DVG dauernd einzureden versuchen, dass sie eine Betriebsrente hätten und deshalb im richtigen Club gelandet seien. Aber wie sagt der Volksmund so treffend: "Dummheit schützt vor Strafe [Schaden] nicht".